

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

230 (5.10.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellungsangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichterfüllung des Textauftrages, bei gerichtlicher Streitigkeit und bei Anrufen außer Kraft tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in der 1. Spalte der Anzeigen-Kolumne 8 Uhr vormittags.

Ältere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. durch die Post 2,60 Mark o. Gutsortentausch 10 Pfennig o. Erbschaft 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellung 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Büro: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Doblen, Teubnerstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 230

Karlsruhe, Montag, den 5. Oktober 1931

51. Jahrgang

Antifaschistische Flugblätter über Rom

Rom, 3. Okt. Am Samstag abend gegen 8 1/2 Uhr wurden über Rom von einem Flugzeug aus antifaschistische Flugblätter in Massen abgeworfen. Die Flugblätter enthalten einen dringenden Appell an den König, das Volk vom Faschismus zu befreien. Die Polizei schritt sofort zur Verhaftung der Zettel. Obwohl die Verhaftung des Flugzeuges sofort aufgenommen wurde, konnte es in der Dunkelheit entkommen.

Reichsregierung, Unternehmer, Gewerkschaften

EMB, Berlin, 4. Okt. (Eigene Meldung.) Wie wir erfahren, ist damit zu rechnen, daß die gemeinsame Konferenz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die aus Regierungskreisen vor einigen Tagen angekündigt wurde, bereits Ende der Woche, also noch vor dem Zusammentritt des Reichstags, stattfinden wird.

An der Konferenz werden für die Regierung beteiligt sein der Reichsminister, der Reichsfinanzminister, der Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsminister, für die Arbeitnehmer die drei Gewerkschaftsrichtungen, also die Freien, die Christlichen und die Christlich-Deutschen Gewerkschaften, für die Arbeitgeber der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Die Einladung hat den Zweck, zwischen den beiden großen Faktoren der Wirtschaft ein Uebereinkommen herbeizuführen, das dazu beiträgt, die zu erwartenden außerordentlichen Schwierigkeiten in diesem Winter überwinden zu helfen. Nach Auffassung der unterrichteten Kreise hatten schon die letzten beiden Wochen gezeigt, daß die Entwicklung der Wirtschaft eine wirtschaftliche Situation von der Ausdehnung her noch bedrohlicher gestalten wird, als man vorher befürchtet hatte. Den Weg stellt man sich offenbar so vor, daß die Konferenz Ausschüsse für die verschiedenen Probleme einsetzt und daß diese Ausschüsse bereits in der nächsten Woche an die praktische Arbeit gehen.

Gewerkschaften und deutsch-französisches Wirtschaftskomitee

In der Sitzung des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) am 4. Okt. hat der Vorsitzende Theodor Leipart auf den Besuch der französischen Minister in Berlin eingewirkt. Er erinnerte daran, daß die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluß zur Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees geführt habe. In dem Komitee sollen auch Vertreter der Arbeitnehmer beider Länder gewählt werden. Von den 6 Vertretern der Arbeitnehmer hat der ADGB 2 zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend werden Willi Eggert und Fritz Larnow dazu bestimmt.

Rücktritt des Hamburger Senats

W.B. Hamburg, 3. Okt. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, zurückzutreten und nach Artikel 37 der Verfassung die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Senats weiterzuführen. Der Rücktritt des Senats ist dem Präsidenten der Bürgerchaft mit dem Erlaß mitgeteilt worden, gemäß Artikel 35 der Verfassung die Vorbereitung für die Wahl eines neuen Senats einleiten zu lassen. Der Präsident der Bürgerchaft hat mitgeteilt, daß er die Rücktrittserklärung des Senats in der Bürgerchaftssitzung vom 21. Oktober vorlegen und der Bürgerchaft empfehlen wird, die Wahl des Vorbereitungsausschusses gemäß Art. 35 der Verfassung der neuen Bürgerchaft zu überlassen.

Erweiterung der Devaheim-Anklagen

EMB, Berlin, 4. Okt. Im Laufe der nächsten 14 Tage wird Anklage wegen der Devaheim-Angelegenheit erhoben werden, da die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft jetzt im wesentlichen beendet sind. Der Kreis der Anschuldigten dürfte außer den bereits bisher genannten Personen, Pastor D. Cremer, seinem Sohn Ernst Wilhelm Cremer und dem ehemaligen Generaldirektor Joppelt, noch weitere Beteteiligte umfassen, und zwar den früheren Mitarbeiter Joppelt, Gläuben, der feinerzeit auch bei der Hilfskasse tätig war, sowie das Vorstandsglied der Evangelischen Bauernvereinschaft in Mülheim, Koos.

Eisenbahnanschlag bei Basel

W.B. Basel, 3. Okt. Als am Freitag abend kurz nach 21 Uhr der D-Zug Holland-Köln-Basel den Baseler Bahnhof verlassen hatte, um nach dem Bundesbahnhof zu fahren, erfolgte plötzlich etwa 100 Meter vom Bahnhofs entfernt auf dem Gleis eine heftige Explosion. Bei der herrschenden Dunkelheit war es nicht möglich, herauszufinden, ob es sich um einen Anschlag oder einen Unfallschaden handelte. Eine am Samstag vormittag durchgeführte Untersuchung führte zur Auffindung zweier mit einer leicht brennbaren Masse durchdränkter Schirme, welche mit einer auf den Schienen liegenden Explosionsstoff verbunden waren. Trotz der herbeigeholten Explosion scheint es sich um keinen eigentlichen Sprengstoff zu handeln. Da man keinerlei Verhältnisse feststellen konnte, wird vermutet, daß es sich um einen Unfallschaden handelt. Der Vorfall hat in der Umgegend des Baseler Bahnhofs ziemlich Nervosität ausgelöst. Die Untersuchung wird weitergeführt.

EMB, Paris, 4. Okt. In einer großen in Paris abgehaltenen Parallelsitzung wurde am 4. Okt. in Berlin veranfaßte Manifestation „Zwei Köpfe — ein Gedanke“, die außerordentlich gut besucht war, sprach von deutscher Seite Reichsanwalt Dr. Bruno Weiff, Schriftführer Prof. Georg Bernhard und General a. D. v. Deimling für den Gedanken der deutsch-französischen Annäherung.

Die „nationale“ Opposition

Der Ehrgeiz des Intriganten Dingeldey — Eine Arbeitsgemeinschaft der Volksfeinde — Curtius wird zurücktreten

Die sogenannte „nationale Opposition“ steht im Begriff, gegen das Kabinett Brüning anlässlich des bevorstehenden Zusammentritts des Reichstags eine große Kampagne vorzubereiten. Sie hält den Ausbruch zum Sturz der Regierung nicht nur für gekommen, sondern für geendet. Nicht aus eigener Kraft, sondern mit direkter oder indirekter Beteiligung eines Teils der Solitäre, auf die sich das Kabinett bis jetzt noch stützt.

Der „Fall Curtius“ wird bis zum Zusammentritt des Reichstags insofern eine Klärung erfahren, als der gegenwärtige Reichsaußenminister in den nächsten Tagen zurücktreten wird. Er geht in erster Linie als Opfer seiner eigenen Partei, die seit Monaten immer wieder seinen Rücktritt gefordert hat und ihn mit Erzwängen würde, wenn Curtius bzw. das Reichskabinett aus der parlamentarischen Lage nicht von sich aus die Konsequenzen ziehen würden. Das Ziel der Volkspartei aber bleibt, nicht nur ihren eigenen Außenminister, sondern das Gesamtkabinett, wenn auch ohne besondere äußere Aktivität, mit zu Fall bringen zu helfen. Mit dem Abgang von Curtius sind die Absichten und Pläne des Herrn Dingeldey längst nicht erfüllt. Er strebt höhere Ehren und einem höheren Amte zu. Er wünscht Reichsaußenminister zu werden und als solcher einer Reichsregierung mit Nationalsozialisten, Deutschnationalen und den übrigen Splittern vorzusetzen, die vom Zentrum toleriert wird. Diese Absicht hat Herr Dingeldey in letzter Zeit bereits zweimal zu Herrn Hitler geäußert. Auch mit Hugenberg hat Dingeldey in letzter Zeit wiederholt verhandelt.

Und die Methode, um dieses Ziel zu erreichen? Dingeldey geht bisher zweifellos dahin, seine Fraktion auch bei der Abstimmung über ein Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett zur Stimmhaltung zu veranlassen. Es sei denn, daß bis zur Abstimmung zwischen Reichsaußenminister und Volkspartei noch ein Kompromiß geschlossen wird, das den Ehrgeiz des Herrn Dingeldey bestre-

digt. Das ihm offiziell bereits das Amt des Bizelektors und Reichsjustizministers angeboten wurde, ist bisher nicht bestritten worden. Aber das hat Herrn Dingeldey nicht genügt. Er wünscht ein hochpolitisches Amt. Darum die Meldung der Hugenberg-Presse, daß er dieser Tage einmal Reichsinnenminister zu werden wünschte.

Auf diese Vorgänge hinter den Kulissen, auf die wir in den nächsten Tagen noch näher eingehen werden, stützt sich die Hoffnung der „nationalen Opposition“, die wieder einmal kurz vor der Ueberrücknahme der Macht zu sein glaubt. Aus eigener Kraft ist sie dazu nicht in der Lage. Sie hofft auf die Volkspartei, die Deutschland seit dem Tode Stresemanns von einer Krise in die andere geführt hat, und deshalb für die gegenwärtigen katastrophalen Verhältnisse einen großen Teil der Verantwortung trägt. Dennoch scheint ihr Bedarf an Krisen immer noch nicht gedeckt zu sein!

Der Vorstand der Nazi-Fraktion beschäftigte sich mit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der nationalen Rechten, einem Plan, der seiner Verwirklichung nahe zu sein scheint. Dieser Arbeitsgemeinschaft sollen nicht nur die parlamentarischen Vertretungen der Rechten, also die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die drei aus der Landvolk-Fraktion ausgeschiedenen Reichstagsabgeordneten angehören, sondern auch eine Anzahl außerhalb des Parlaments stehender nationaler Verbände. Noch vor dem Zusammentritt des Reichstags wird voraussichtlich eine gemeinsame Besprechung über die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft stattfinden.

Der Vorsitzende der Nazi-Fraktion des Reichstags gewährte einem Nazi-Reporter ein Interview über die Forderungen der Nazis für den Fall einer Beteiligung an der Regierung. Aus dem Frage- und Antwortspiel erfährt man, daß die Nazis ihre eventuelle Beteiligung an der Reichsregierung von der sofortigen Auflösung des Reichs- und preussischen Landtags abhängig machen wollen. Das ist vorerst alles!

Neue Kapitalflucht

Neues Verbot der Veröffentlichung von Kursen

Bedenkliche Entwicklung der Reichsbank

W.B. teilt mit: Nachdem die Effektenbörsen seit einiger Zeit erneut geschlossen sind, und eine ähnliche Situation wie im Juli eingetreten ist, hat es sich als notwendig erwiesen, die Veröffentlichung und Zirkulationsmäßige Bekanntgabe der Kurse sowie von Preisangaben beim Angebot und bei der Nachfrage von Wertpapieren zu verbieten. Ein solches Verbot ist im Wege der Notverordnung ausgesprochen worden.

Nach den verschärften Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung werden die allgemeinen Genehmigungen zum Verkehr mit Devisen, die zu Zahlungen für Einfuhr, Ausfuhr und Transithandel und für eine Reihe von anderen Geschäften erteilt worden waren, mit dem 8. Oktober ds. Js. ungültig. Neue allgemeine Genehmigungen können erteilt werden, in denen das Recht zum Erwerb von Devisen auf einen bestimmten Höchstbetrag für jeden Monat beschränkt wird.

Die Reichsbank hat, wie wir am Samstag bereits mitteilten, in der letzten Septemberwoche nicht weniger als 232,7 Millionen Mark an Gold und Devisen verloren. Der von ihr gewährte Kredit hat den Rekordstand von 4 Milliarden Mark überschritten. Die Notendeckung ging von 40,1 Prozent in der dritten Septemberwoche auf 31,2 Prozent zurück. Der Notenumlauf steigerte sich auf 5 031,4 Millionen Mark gegenüber 4 803,8 Millionen Mark Ende August. Im Zusammenhang mit dieser mehr als bedenklichen Entwicklung hat die Reichsregierung zunächst die Bestimmungen gegen die Devisenflucht verschärft; insbesondere sollen die Exportdevisen besser erfaßt werden. Ob man mit diesen Verschärfungen auskommen wird, ist aber eine andere Frage. Die Dinge haben sich so zugezogen, daß man in maßgebenden Kreisen die Frage eines Auslandsmoratoriums erwägt.

Die Wiesenverluste erklären sich nur zum Teil aus dem Stillhalteabkommen (Absage von Marktaufgaben von Ausländern und Abwicklung von Termingeschäften). Tatsache ist, daß im Monat September, wahrscheinlich ausgelöst durch die englischen Ereignisse und die Börsenschließungen in Deutschland, eine neue Kapitalflucht in Deutschland eingesetzt hat. Man gab seine Wertpapiere nach dem Auslande, ließ sie dort verkaufen und gegen Devisen einwechseln. So wurde das Kapital nach dem Auslande verschoben. Dazu kommt etwas anderes: Allmonatlich seien wir von Wiesenüberschüssen unserer Handelsbilanz. Die Ueberüberschüsse haben sich von Monat zu Monat gesteigert. Aber daran haben wir in unserer Devisenbilanz so gut wie garnichts gemerkt. Wir konnten ja auch nichts davon merken, denn die deutschen Exporteure beteiligen sich aneinander recht eifrig an der Kapitalflucht. Sie lassen den Erlös ihrer Waren einfach im Auslande stehen. Andererseits fordern die Exporteure von der Reichsbank ansehnlich Devisen in einem Umfange an, der weit über die Beträge hinausgeht, die der Reichsbank aus dem

Export deutscher Waren zufließen. Wenn man schon die Frage eines Auslandsmoratoriums erwägt, dann muß die Frage der deutschen Kapitalflucht dabei miteinberechnet werden. Es geht nicht an, daß wir den deutschen Kredit im Ausland durch Nichtzahlung von Zinsen usw. untergraben, weil wir nicht stark genug sind, die Kapitalflucht zu bekämpfen. Die Verschärfung der Bestimmungen gegen die Devisenflucht, die am Freitag publiziert worden ist, hätte schon viel früher kommen müssen.

Aus der Aufstellung der Reichsbank geht hervor, daß der Devisenabfluß zum größten Teil von der Reichsbank finanziert worden ist. Die Banken haben den Reichsbankdiskont in Anspruch genommen, um ihren Devisenpflichtigkeiten gerecht zu werden. Wir müssen verstehen, daß wir uns die Kreditausweitung etwas anders gedacht haben. Die Reichsbank zeigt auch dieses Mal wieder, daß sie nicht Herr der Situation ist.

Englands Außenminister reist nach Paris

Eine wichtige Zusammenkunft

Paris, 4. Okt. Der Lord D'Orléans bestätigt, daß der englische Außenminister Lord Reading am nächsten Mittwoch nach Paris komme und eine Aussprache mit dem Außenminister Briand haben werde.

Macdonald kandidiert für den Wahlkreis Seaham

Murton, bei Seaham, 4. Okt. Die hiesige Bergarbeitergruppe hat zusammen mit den Murtoner Vertretern der Arbeiterpartei die Auffstellung Macdonalds als Kandidaten der Arbeiterpartei für den Wahlkreis Seaham beschlossen.

Vor einer Spaltung der englischen Liberalen Partei?

London, 4. Okt. Es hat den Anschein, als ob sich in der Liberalen Partei immer mehr Spaltungstendenzen bemerkbar machen. Sir John Simon erklärte, daß er und seine Freunde im Begriffe seien, eine eigene liberale Organisation zu gründen, welche die Einführung allgemeiner Industriearbeit mißbilligt, sowie sich für nationalen und internationalen Freihandel ausspricht.

Senator Borahs Kampagne für den Bimetallismus

Senator Borah hat bei Präsident Hoover vorgeschlagen, um den Präsidenten dringend zu bitten, er möge eine internationale Währungskonferenz einberufen, auf der die Einführung des Bimetallismus (d. h. neben der Goldwährung die Silberwährung) in den wichtigsten Ländern der Welt gerührt werden soll.

Große Bankpleite in Dänemark

Kopenhagen, 5. Okt. (Gundienst.) Die größte der drei dänischen Großbanken, „Handelsbanken“, ist in Schwierigkeiten geraten. Die „Handelsbanken“ verfügte bisher über ein Aktienkapital von 50 Millionen Kronen. Sie hat bei dem Zusammenbruch mehrerer industrieller Firmen insgesamt 9,5 Millionen Kronen verloren.

Die Bank für Handel und Gewerbe AG. in Kopenhagen hat ihre Schalter schließen müssen und strebt ein einjähriges gerichtliches Moratorium an. Die Devisen befinden sich in Ordnung.

Wo steckt das Gold?

Chimäre Gold

„Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles... Ach wir Armen!“ Goethe.

In der Welt herrscht ein verflüchteter Goldhunger. Der eine Teil leidet unter entsetzlicher Goldnot, während der andere Teil — Amerika und Frankreich — sozusagen im Golde erstickt. So waren England, Norwegen und Schweden gezwungen, ihren Goldstandard vorübergehend aufzuheben. Niemand weiß, welche Länder noch diesem Beispiel folgen müssen. Bei diesen Krisenereignissen ist es nicht uninteressant, der Frage näher zu treten, wo denn eigentlich das Gold der Welt steckt.

83 Milliarden Mark in Gold

Der Goldbestand der Welt beträgt nach Schätzung der Fachleute heute nicht weniger als 83 Milliarden Mark in Gold. Von dieser Summe liegt etwa die Hälfte in den Notenbanken der verschiedenen Länder. Die andere Hälfte ist in Goldschätzen aller Art untergebracht.

Die jährliche Produktion an Gold beträgt rund 1% Milliarden Mark. Dieses Gold wird aus den verschiedenen Goldminen geholt. Etwa 800 Millionen Mark dieser gewaltigen Goldmenge werden für industrielle Zwecke benötigt. Außerdem wird infolge Verschleißes mit einem bestimmten Prozentsatz Goldverlust gerechnet, so daß also nur der übrigbleibende Teil den Notenbanken zugute kommt. Interessanterweise beträgt der Anteil der englischen Gebiete an dieser jährlichen Goldproduktion (Südafrika, Australien, Rhodesien und Kanada) fast zwei Drittel. England müßte demnach der unmittelbare Käufer dieser Goldproduktion sein; doch trifft dies wie die jüngsten Ereignisse beweisen, nur bedingt zu.

Zwölf Gramm Gold in einer Tonne

Das Gold wird heute nicht mehr in reinem Zustande aus der Erde gegraben, sondern muß auf eine recht mühsame und kostspielige Weise gewonnen werden. Heute ist die Goldgewinnung eine rein industrielle Angelegenheit. Früher enthielten die Erze, die aus den Minen von Transvaal gewonnen wurden, im Durchschnitt nur 0,0012 reines Gold. Eine Tonne Erz enthielt also 12 Gramm Gold. Am Londoner Goldmarkt läßt man für jede Tonne Erz rund 30 M. Die Selbstkosten der Minen dürften also diesen Betrag nicht übersteigen; sie müssen sogar, damit die Rentabilität der Minen aufrecht erhalten bleibt, etwas darunter liegen. Der Goldgehalt der afrikanischen Erze ist jedoch gegenwärtig bis auf 6 Gramm die Tonne gestiegen, so daß ein großer Teil der Minen in Transvaal still liegt.

England hat also von den ungeborenen Goldschätzen der Erde keinen Nutzen. Amerika hat von den gehobenen Goldschätzen ebenfalls keinen; denn die Wertverminderung seiner eigenen Bodenschätze ist viel schneller von statten gegangen, als die Wertsteigerung des Goldes.

98 Prozent Golddeckung

Am übrigen ist das Gold kein richtiger Gradmesser des Reichtums eines Landes. In Europa besitzt zum Beispiel Spanien relativ das meiste Gold. Seine Noten sind bis zu 98 Prozent Gold gedeckt. Spanien müßte also, wäre das vorhandene Gold für den Wohlstand eines Landes maßgebend, das wohlhabendste Land Europas sein. Dies trifft jedoch nicht zu. Spanien macht heute näm-

lich nicht nur schwere politische, sondern auch Wirtschaftskrisen durch und ist trotz des enormen Goldbestandes ein armes Land.

Der Goldbestand der verschiedenen Staaten

Auch Amerika, dessen Notendeckung 102 Prozent in Gold beträgt, konnte seine Goldmillarden nicht vor der Wirtschaftskrise schützen. Die Goldmenge und Notendeckung haben eben, wie folgende Statistik vom Februar 1931 beweist, nur wenig Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben des betreffenden Landes.

Land	Goldbestand Millionen Mark	Deckung
Deutschland	2350	5550 40 v. H.
England	2900	7660 37 v. H.
Italien	1170	3800 30 v. H.
Spanien	1960	2000 98 v. H.
Argentinien (Stand Ende 29)	1870	2240 85 v. H.
Frankreich	9200	12800 72 v. H.
Nordamerika	19600	19200 102 v. H.

Das Gold ist also, wie man sieht, das trügerische Metall der Welt. Auch wenn es in noch so großen Mengen vorhanden ist, nützt es niemandem gar nichts, sondern richtet großen Schaden an, wenn es nicht zur Verfügung steht.

Interessant ist es nun, wie solche Goldschätze transportiert und wo sie untergebracht werden.

Goldtransporte

Um Zinsverluste zu vermeiden, erfolsten die jüngsten Transporte von London nach Paris im Flugzeug. Zu diesem Zweck sind eigens Goldflugzeuge gebaut. Sie sind auf eine jede nur erdenkliche Weise gesichert, sowohl gegen Betriebsunfall als auch gegen Raubüberfall. Da sie gesichert sind, kann ihnen Gewehr, so selbst Maschinengewehrfeuer nichts anhaben. Im Notfall können sie sogar selber das Feuer eröffnen, da sie eingebaute Maschinengewehre mit sich führen.

Wahrscheinlich fanden diese Flugzeuge in ständiger funkentelegraphischer Verbindung mit London und Paris. In den Häfen der Kanalflotte lagen schnelle Motorboote, deren einzige Bestimmung es war, den Flugzeugen, sollten sie eine Notlandung vornehmen müssen, sofort zur Hilfe zu eilen.

Die in Paris angekommenen Goldbarren wurden dann unter großen Vorkehrungsmaßnahmen in die unterirdischen Stahlfammern der „Banque de France“ transportiert.

Die Panzergewölbe der Bank von Frankreich

Frankreichs Goldbestand beträgt gegenwärtig 9 1/2 Milliarden Mark in Gold. Diese Milliarden werden in unterirdischen Stahlfammern, die zu einer regelrechten Festung ausgebaut sind, untergebracht. Die Stahlfammern wurden unter einer 32 Meter tiefen Felsenkammer erbaut und sind gegen jeden menschlichen Angriff gesichert. Sie tragen selbst den größten Fliegerbomben und den schwersten Geschützen.

In der Festung können 2000 Personen, also das gesamte Personal, untergebracht werden. Es sind zugleich ungeheure Vorräte an Konserve- und getrockneten Lebensmitteln aufgeschichtet, die im Notfall für 6 Monate ausreichen würden.

Auch gegen Explosivstoffe ist diese Goldfestung gesichert; ja selbst Giftgas sind für sie nicht gefährlich. Gut verdeckte „Mäuler“ führen zur Oberwelt, und vor jedem dieser „Mäuler“ wacht ein Meeresschwein. Ertränkt, persönlich eines, so weiß man, daß Giftgas durch diesen „Mund“ eindringen, und man kann ihn sofort töten. Alles Menschenmögliche ist also getan, um Frankreichs Gold „vor jedem äußeren und auch inneren Angriff“ zu schützen.

Aus aller Welt

Blutige Zusammenstöße zwischen Flamen und Wallonen

Brüssel, 5. Okt. (Kundendienst). Am Sonntagabend kam es in Hasselt, der Hauptstadt von Flämisch-Brabant zu schweren blutigen Zusammenstößen zwischen Flamen und Wallonen. Mehr als 100 Personen wurden verletzt.

Rätselhafte anonyme Briefe

Die Londoner Polizei forscht angestrengt nach den Verfassern anonymer Briefe, in denen mit der Forderung gewisser öffentlicher Gebäude Londons durch Bombenanschläge gedroht wird. Man vermutet, daß es sich um Offiziere der Armee des irischen Freistaates handelt.

Gefährliche Verwechslung — Fußbodenöl statt Badöl

In Heilbronn wurden in das Krankenhaus vier Personen aus Städtberg eingeliefert, die schwere Vergiftungserscheinungen aufwiesen. Sie hatten Pfannkuchen gegessen, die die Großmutter zubereitet hatte. Diese hatte aber bei der Zubereitung die verfeinerte Fettsäure erwischt und Fußbodenöl in die Pfanne geschüttet. Lebensgefahr besteht bei den vier Vergifteten nicht.

Verlängerung der Hamburger Herbstferien aus Ersparnisgründen

Ersparnisgründe zwingen dazu, die Herbstferien für die Hamburger Ober- und Mittelschulen bis zum 21. Oktober zu verlängern. Die Ferien für die Volkshochschulen werden ebenfalls bis zu diesem Datum verlängert.

Brandstiftung in einer Kirche

Unbekannte Täter verübten die katholische Pfarrkirche Leventuln-Steinbüchel in Brand zu stecken. Sie brannten in den Mittagstunden in die Kirche ein, gossen das Öl der ewigen Lampe in den Altar herum und steckten es in Brand. Als gegen 2.15 Uhr der Räucher des Gotteshauses betrat, war die ganze Kirche in Rauchwolken gehüllt. Es stellte sich heraus, daß die Altarionnecke und zwei Altartücher verbrannt waren. Außerdem war aus einem Beichtstuhl eine Stola gestohlen worden. Die Täter waren in drei Teile zerbrochen und in eine Ecke gemurmelt worden. Durch die schnelle Entdeckung des Anschlag wurde eine weitere Ausdehnung des Brandes verhindert. Offenbar liegt ein Racheakt vor.

Gebirgsbewegung verursacht Streckenbruch

Der Bergbauinspektor des Bergreviers Gleiwitz-Nord teilt amtlich mit, daß dort eine kräftige erdbebenartige Gebirgsbewegung aufgetreten ist. Diese ist nach Mitteilung der Gebirgsbauverwaltung auch in Haindorf beobachtet worden. Infolge der Erschütterung sind auf der Concordia-Grube in Haindorf an drei Stellen drei auf der 230-Meter-Sohle einige Strecken zu Bruch gegangen, wodurch elf Arbeiter eingeschlossen worden sind. Hieron sind drei Mann kurz vor elf Uhr unverletzt befreit worden. Gegen 2 Uhr nachmittags gelang es dann auch nach angestrengter Tätigkeit der Bergmannschaften die übrigen acht eingeschlossenen Bergarbeiter unverletzt zu retten.

Flugzeugunfall Lindberghs

Oberst Lindbergh ist mit seinem Eindecker bei Hankou in den Vanakelkana gestürzt. Der Flieger und seine Frau fielen aus dem Flugzeug ins Wasser und wurden vom Flussschwimmerboot des Dames aufgenommen.

Salzäureattentat eines geschiedenen Ehemannes

Ein geschiedener Ehemann verübte im Frankfurter Hauptbahnhof ein Attentat auf seine frühere Ehefrau. Er goss der Frau Salzsaure ins Gesicht. Die Frau hielt die Hand vor die Augen und hat es nur diesem Umstand zu verdanken, daß sie das Augenlicht nicht verlor. Der Mann wurde festgehalten und der Polizei übergeben. Die Frau hat schwere Verbrennungen am Rücken und an den Beinen erlitten und wurde ins Krankenhaus gebracht. Ihr geschiedener Mann soll früher Beamter gewesen und jetzt arbeitslos sein.

116 Prozent Golddeckung in der Schweiz

Bern, 4. Okt. Der Goldbestand der Schweizerischen Nationalbank hat nach dem Ausweis vom 30. September 1931 gegenüber dem vorhergehenden Ausweis um 335,24 Millionen auf 1.698.709.000 Franken zugenommen. Der Notenumlauf steht mit 1.461 Millionen bei 162,80 Millionen Franken höher als in der Vorwoche. Die Banknoten sind somit mit 116 Prozent gegenüber 64,82 Prozent gedeckt.

Eine Enzyklika

Ueber die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die Geißel der Arbeitslosigkeit und die Hinführung, hat der Papst eine Enzyklika veröffentlicht. Darin heißt es:

Die Kinder und die armen Proletarier würden von der Krise am härtesten betroffen. Arbeitswillige Menschen finden nicht mehr ihr tägliches Brot, das sie sich gern im Schweiß ihres Angesichts verdienen wollten. Deshalb rufe der Papst zu einem Kreuzweg der Liebe und Mitleidigkeit auf. Die heilige Pflicht aller sei es, zu helfen. Als Ursachen der Finanzkrise bezeichnet der Papst die Rivalität der Völker und den Mühsalwahn. Alle Priester werden aufgefordert, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Predigt und der Presse über diesen Mühsalwahn ihre Gemeinden aufzuklären und bausen anzukämpfen, gemäß der Verantw. und den christlichen Sittengesetzen.

Ferne in der Hitler-Partei?

Anschlag auf den Verlagsdirektor des Völkischen Beobachters
Aus Nürnberg wird dem Vorwärts berichtet:
„Der Völkische Beobachter brachte vor einigen Tagen die Meldung, daß der Direktor des Verlages, in dem der Völkische Beobachter erscheint, der Münchener Stadtrat Amann, in Otober einen Tagungsfall erlitten habe. Wie nun der Frankfurter Tagespost mitgeteilt wird, handelt es sich nicht um einen Unfall, sondern um einen planmäßigen Anschlag auf den Direktor Amann.“
Die Zerwürfnisse und oppositionellen Bestrebungen innerhalb der Nationalsozialistischen Partei haben in der letzten Zeit auf den völkischen Zentralverlag übergriffen. Amann stand im schärfsten Gegensatz zu Hitler, machte vollkommen selbständige und in allerleider Zeit kam es zu scharfen Zusammenstößen mit einigen Redaktionsmitgliedern, darunter auch General von Epp, nach Otober. Er ließ den Kraftwagen vor einem Gasthof stehen und die Herren gingen dem Ortseingang zu. Plötzlich trachten aus dem Hinterhalt mehrere Schüsse, von denen einer den linken Arm Amanns zerhackte. Die Verletzung war derart schwer, daß in der Nacht zum Sonntag eine Amputation vorgenommen werden mußte. Die Täter, als welche zwei völkische Parteigenossen Amanns in Betracht kommen sollen, entkamen in der Dunkelheit.“

Freistaat Baden

Die kommende badische Notverordnung

Finanzminister Dr. Mattes gewährte dem Hauptgeschäftsführer des Karlsruher Tagblatts eine Unterredung, wobei er über die kommende Notverordnung u. a. folgendes mitteilte: Nachdem die Vertreter der Städte und interessierten Beamtenorganisationen gehört sind, wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte dieser Woche die Notverordnung veröffentlicht werden. Sie wird sehr umfangreich sein, da sie das im Spargutachten enthaltene Sofortprogramm aus allen Ministerien im wesentlichen bereits verwirklicht wird. Der badische Finanzminister müßte einen Teil derjenigen Steuerpflichtigen, die bisher von der Grund- und Gewerbesteuer in Baden befreit waren, zu dieser heranziehen. Das ist aber aus rechtlichen Gründen zur Zeit nicht möglich, weil das Reich durch die Notverordnung vom Dezember 1930 den Ländern verboten hat, bei den Realsteuern trotz der Steuererhöhung zu erhöhen, als auch den Kreis der Steuerpflichtigen zu erweitern. Der badische Finanzminister hat deshalb bei der Reichsregierung beantragt, zu gestatten, daß das Land Baden bereits für das laufende Rechnungsjahr das Recht erhält, sofort die Kreise zur Realsteuer heranzuziehen, die nach badischem Recht befreit sind, aber auf Grund des Steuerereinfachungs-Gesetzes im nächsten Jahre herangezogen werden können bzw. müssen. Es handelt sich einmal um die Erwerbsunternehmungen des Staates selbst, dann um eine Reihe von Unternehmungen, die bisher steuerfrei waren, weil man sie als gemeinnützig ansah, z. B. die Erziehungsheime. Außerdem ist u. a. die Einführung einer Hilfssteuer geplant.

Auf dem Gebiet der Beamtenbesoldung bzw. des Beamtenrechts wird nach den Angaben des Finanzministers die neue badische Notverordnung sich vor allem von den Notverordnungen einiger anderer Länder dadurch unterscheiden, daß sie auf größere Beamtenentlassungen als Mittel des Haushaltsausgleichs verzichtet. Die badische Regierung verfolgt dieses Ziel vor allem im Interesse der jüngeren außerplanmäßig und vertraglich angestellten Beamten, deren Stellung im Falle von Beamtenentlassungen ja gefährdet wäre.

Die neue Notverordnung wird auch die Bestimmungen über die Anpassung der Gehälter der Gemeindebeamten an die der Landesbeamten enthalten und Erleichterungen für eine beschleunigte Durchführung der Reformen in den Gemeinden schaffen.

Im ganzen gesehen sind also die in der kommenden badischen Notverordnung sehr viel weitergehende Maßnahmen enthalten, als sie selbst in den übrigen Ländern getroffen worden sind, völkisch unbearbeitet. Vor allem steht die Notverordnung keine allgemeine weitere Gehaltskürzung vor.

Dr. Föhr Landesvorsitzender der badischen Zentrumspartei

Dr. Offenburger, 30. Okt. Heute nachmittag hat hier im Ortenauer Hof die aus allen Landesteilen sehr gut besuchte Landesversammlung der badischen Zentrumspartei stattgefunden, zu der auch Staatspräsident Dr. Schmitt und Minister Dr. Baumgartner mit einer großen Zahl von Abgeordneten erschienen waren. Reichstagsabgeordneter Erling hielt ein Referat über die Reichspolitik, während sich der Fraktionsvorsitzende Dr. Föhr über die Landespolitik verbreitete.

Die Wahl des neuen Parteivorstandes anstelle des zurückgetretenen Ministers Dr. Baumgartner fiel einmütig auf den Fraktionschef Dr. Föhr. Minister Dr. Baumgartner wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Herr Dr. Baumgartner, Minister, Herr Dr. Föhr Parteichef — nun sind endlich innerhalb der badischen Zentrumspartei die beiden schwierigsten und seit dem Tode des Prälaten Schöfer heftigsten Personalfragen gelöst. Und das Zentrum hat wieder einen Geistlichen zum politischen Chef, was auch vom Münsterplatz in Freiburg gewünscht wird.

Französisches Einfuhrverbot für Vieh und Fleisch

Dr. Karlsruhe, 3. Okt. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss der Bad. Landwirtschaftskammer hat von der durch Rundfunk verbreiteten Nachricht Kenntnis erhalten, daß Frankreich dem Einfuhrverbot von Holz und Wein — nunmehr ein solches für Vieh und Fleisch folgen lassen will. Der Ausschuss war sich darüber klar, was dieses Verbot für Deutschland und insbesondere für uns in Baden als Grenzland bedeutet. Er hat die Landwirtschaftskammer gebeten, alsbald bei der Reichs- und Landesregierung vorstellig zu werden, um dieser Sabotage des deutsch-französischen Handelsvertrages entgegenzutreten.

Dieser Vorgang zeigt erneut, daß durch „Autarkie“ und Zollbarrieren die Wirtschaftskrise nicht zu beseitigen ist. Denn ein Land hält sich auf diese Weise nur am anderen schädlich und die Völker müssen die Kosten zahlen. Wir halten diese französischen Maßnahmen für falsch und fordern ihre Beseitigung. Nicht minder fordern wir jedoch auch Beseitigung der deutschen Hochschulzollpolitik.

„Sozialistische Arbeiterpartei“

I.
Aus heil'gem Himmel blüht ein Blitz
Um Rosenfeld und Sendewitz.
Es wallt ein Beben durch die Welt
Um Sendewitz und Rosenfeld.

II.
Genossen, schließt nun die Reihen
Kom trüben Sonderfinn beiseit —
Wir hatten nicht genug Parteien,
Die eine hat uns noch gezeit.
Wir spalten uns wie jener Pilz,
Die Saage will's.

III.
Wenn Völkler ihr Talent entfalten,
So sammeln sie sich allerwärts.
Spontanen Espirant für das Swaltz.
Besteht allein das deutsche Herz.
Das deutsche Herz macht die Luft,
Dann fließt die Luft.
Man erollt und eröhlt, man schmolzt und schmält;
Die Zeit ist voller Trug und Truß.
Der Nazi rükt Neobolus —
Da ist der Zeitpunkt ant gewählt.
(Es hat uns was gefehlt).

IV.
Und steht die halbe Welt in Flammen,
Wir spalten fest und treu zusammen.
Alfred Kerr (im Berliner Tageblatt).

Partei-Nachrichten

Unwahre Behauptungen

Aus dem Parteivorstand wird uns geschrieben:
 „Sendewitz hat an den Bezirksvorständen, den Genossen Kurt Müller in Zwickau einen Brief geschrieben, in dem er behauptet: „Der Genosse Rosenfeld und ich haben außerdem vor Beginn der Parteivorstandssitzung dem Parteivorstand ein Schreiben unterbreitet, in dem wir unter Berufung auf unser letztes Schreiben uns ausdrücklich zu Verhandlungen und zur Verständigung bereit erklärt haben. Leider hat der Parteivorstand nicht dieselbe Bereitschaft zur Verständigung gezeigt und die Schuld für die Folgen des Ausschusses trägt der Parteivorstand.“
 Das ist ein unehrliches Spiel. In diesem Brief Rosenfelds steht kein Wort von „Verständigung“. Hier der Wortlaut:
 „Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 26. d. M., auf das ich bis heute Antwort nicht erhalten habe, bitte ich zugleich im Namen des Genossen Sendewitz um Nachricht, ob der Parteivorstand bereit ist, in Verhandlungen mit uns einzutreten.“
 Also lediglich „Beziehungen“, nichts von „Verständigung“. Wir wissen durch Ströbel und die Bezirksleitung in Zwickau, daß Sendewitz und seine Freunde nicht willens waren, sich dem Beschluß des Parteausschusses zu fügen. Das haben Rosenfeld und Sendewitz ausdrücklich an den Parteivorstand geschrieben.
 Die Sendewitzgruppe geht mit dem Märchen hauseren, der Parteivorstand habe die Oppositionsmeinung in der Parteipresse mit Gewalt abgewürgt, so daß die Fäden notwendig geworden sei. So seien die Linksredakteure in Rautenslautern, Saalfeld, Breslau und Frankfurt a. M. vom Parteivorstand hinausgeworfen worden. Wie uns der Parteivorstand mitteilt, ist an dieser Behauptung kein Wort wahr.

Das Verbrechen an der Arbeiterschaft

Breslau, 5. Okt. (Funkdienst.) Reichstagspräsident Paul Löbe (Abgeordneter für Breslau) hat am Vortage der Tagung der interparlamentarischen Union an den Vorsitzenden des Bezirks Mittelschlesien der SPD, nachstehenden Brief gerichtet:
 „Mit diesem Schmersen habe ich, daß auch in Breslau die Möglichkeit einer Abspaltung von der Partei besteht, der ich seit meinem 15. Lebensjahr, also 40 Jahre, diene. Ich habe oft in Opposition zu den Führern der Reichstagsfraktion gestanden. Manchmal die Politik der Partei für falsch gehalten und auch mit der Gruppe um Sendewitz gestimmt. Was aber jetzt von den sogenannten Linken geschieht, ist ein Verhängnis und ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft. Die neue Gruppe wird keinen Einfluß erlangen können, aber die Gesamtkraft unserer Klasse schwächen. Ich hoffe, daß die Mehrheit der Genossen unseres Bezirks der Sache der Sozialdemokratie treu bleibt und die Krise überwunden wird.“
 Bezirksvorstand und Unterbezirksleiter der SPD, Mittelschlesien, haben am Sonntag mit folgender Entschiedenheit zum Vorhinein der Spalter in Breslau Stellung genommen:
 „Ermittelt und geschlossen steht die SPD, Mittelschlesien zur SPD. Wir legen dieses Bekenntnis in dem Bewußtsein ab, daß nur eine starke und einheitliche Arbeiterpartei die Ziele des Sozialismus verwirklichen kann. Deshalb werden wir jede Spaltung ab. Die Spalter haben in Breslau eine ideal gestimmte Jugend für ihre egoistischen Zwecke mißbraucht.“

Spalten! Spalten! Spalten!

EM, Berlin, 4. Okt. (Eigene Meldung.) Die Opposition der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich am vergangenen Freitag in Breslau zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) zusammengeschlossen hatte, hielt heute in Berlin eine Reichstagskonferenz ab. Das Hauptreferat hielt Sendewitz, der auf die Vorgeschichte des Ausschusses der Opposition aus der SPD, einging. Er führte u. a. aus, daß 1. November werde in Berlin eine Tagung der „Der Sap“, die „Sozialistische Arbeiterzeitung“, erscheinen. Nachdem Zweifel über das Aktionsprogramm geäußert worden, erklärte Dr. Eckstein (Breslau), daß die „Sap“ sich der Zweiten Internationale anschließen und mit deren linken Flügel zusammenarbeiten werde. Im Gegensatz zum Reichstagsrat, fuhr der Redner fort, werde die neue Partei einen sozialistischen Schutzbund ins Leben rufen. Die Führung dieser Partei werde von Rosenfeld und Sendewitz übernommen werden, von denen aber nur einer zu belohnen sei. Politische Schlüssel von besonderer Tragweite sollten nicht von der Reichstagsfraktion, sondern von den Ortsgruppen gefaßt werden.

Bewußt die Parteispaltung herbeigeführt

Der Chefredakteur der Chemnitzer Volksstimme, Genosse Karl Bögel, wendet sich in einem Artikel in sachlicher Schärfe gegen die Parteispaltung. Es ist dabei zu betonen, daß Genosse Bögel in den meisten Fragen mit Sendewitz, Ströbel usw. einig geht und in Opposition gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion speziell hinsichtlich der Tolerierungspolitik steht. Aber Genosse Bögel lehnt das Verbrechen der Parteispaltung ab, und es ist bemerkenswert, daß er in seinem Blatt ausdrücklich feststellt, daß Sendewitz, Ströbel usw. bewußt die Parteispaltung herbeigeführt haben, aber nur einer unter ihnen den Mut besitzt, das auch offen zuzugeben, nämlich Ströbel. Bögel schreibt unter anderem:
 „Die Würfel sind gefallen. Was der Genosse Ströbel am Sonntag schon im Parteivorstand mit Sicherheit behauptete, daß die Parteispaltung ein Verbrechen ist, ist eingetreten. Und wenn uns heute auch die Wege trennen, so soll noch einmal anerkannt werden, daß der Genosse Ströbel auch in dieser Stunde seinem ehrlichen Charakter treu geblieben ist und es ablehnt, den Angehörigen zu erwidern, als ob er noch länger in der Partei zu bleiben gedenke.“

Er plädierte offen für die Spaltung und verzichtete auf die Rolle des Märtyrers, der seinen Willen aus der Partei herausgeworfen worden wäre.
 Diese Feststellung ist wichtig, weil sie die Frage des Konfliktes aus dem Niveau kleiner Winkelzüge heraushebt auf die Ebene der Sachlichkeit, auf der die Spaltung allein grundsätzlich diskutiert werden kann. Denn wenn jemals Dilettantismus auf beiden Seiten nötig war, so liegt in diesem Augenblick, wo einige Parteigenossen die Jahreslang mit uns in der Opposition Schulter an Schulter gekämpft haben,
 bewußt die Partei verlassen.
 Und so sehr wir diesen Genossen ehrliche Motive unterstellen, so sehr aber auch ist es notwendig, den letzten Schritt, den wir für einen Verzweiflungsakt halten, von allem demagogischen Beiwerk zu entscheiden. Die jetzt ausgeschlossenen Genossen sind, wie die letzten Auseinandersetzungen beweisen,
 von einem bestimmten Zeitpunkt an mit vollem Bewußtsein diesen Weg gegangen, und es hieße, wie Ströbel selbst sagte,

dieser Sache einen schlechten Dienst erweisen, wollten sie, um Sympathien zu wecken, die Gegenseite der Bergewaltigung anklagen.

Nein. Es sind tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, die Sendewitz und seine engeren Freunde von der Partei und schließlich auch von der Opposition abdrängen haben. Die Tatsache, daß Leute wie Aufhäuser, Ewenstein, Engelbert Graf, Jenßen usw., von denen jeder Name für die Opposition ein Programm bedeutet, nicht nur den letzten Schritt mißbilligen, sondern schon früher sich von Sendewitz distanzieren haben, beweist deutlich die zunehmende Vereinnahmung der Gruppe Sendewitz.

Und je mehr Sendewitz um der theoretischen Geschlossenheit seiner Gruppe willen die Fühlung mit der Opposition verlor, um so mehr wurde er an die Peripherie der Bewegung gedrückt, wo schließlich seine Opposition in einen gewissen Exkommunikationszustand verfiel.

In der selbstgewollten Isolierung erschien dann schließlich die Alternative: Entweder glaubt man noch an die Partei als Instrument des Klassenkampfes, dann muß man mit allen Kräften um die Durchsetzung der Ideen der Opposition innerhalb der Partei ringen; oder aber man verzweifelt an dieser Aufgabe und glaubt nicht mehr an eine Umstellung der Partei, dann muß man als ehrlicher Mensch die Konsequenzen ziehen und die Partei verlassen. Ströbel, Sendewitz und Rosenfeld stehen auf dem letzteren Standpunkt, und alles, was sie taten und jetzt noch tun, ist lediglich die Konsequenz dieser unserer Meinung nach falschen Erkenntnis.

Unehrliche Handlungsweise

Der Zeiger Volkshoote erhebt in ruhiger Form, dafür sachlich aber umso schärfer, den Vorwurf der Unehrlichkeit gegen Rosenfeld und Sendewitz:
 „Wir hatten bis zum letzten Augenblick gehofft, daß sich die Gründung einer neuen proletarischen Splitterpartei verhindern ließe. Es ist anders gekommen! Schon werden aus Breslau Vorkommnisse gemeldet, die an die schlimmste Zeit des Bürgerkrieges zwischen SPD und USPD, sowie USPD und SPD, erinnern. Wir sagen es frank und frei:
 Uns geküßelt nicht danach, die Wiederholung eines solchen Trauerspiels zu erleben.“

Sie könnten in dieser kritischen Situation der Nachkriegszeit mit dem Untergang der proletarischen Bewegung eenden. Wir haben nicht das Bedürfnis nach politischem Selbstmord, denn nichts anderes bedeutet die Gründung einer Splitterorganisation, die zwischen SPD und USPD, sowie USPD und SPD, keine Existenzberechtigung hat. Eine Feststellung noch zum Schluß:
 Als vor einigen Tagen Dettlinghaus die Absicht einer neuen Parteigründung enthüllte, wurde das von Rosenfeld und Sendewitz bestritten.
 Ebenso bezeichneten sie die Meldung des Berliner Tageblatts als unmaß, wozu mit der Neugründung einer Partei auch die Herausgabe einer Tageszeitung beabsichtigt sei.
 Jetzt endlich bekämpft sich alles dennoch als wahr! Wir hätten gewünscht, den Versicherungen der Genossen Rosenfeld und Sendewitz Glauben schenken zu können.“

Aus dem Gerichtssaal

Kohlenfischer im Rheinhafen

Im Karlsruhe, 2. Oktober. Der 26 Jahre alte zwölfmal vorbestrafte verheiratete Bauarbeiter Wilhelm L. wurde am 7. August von einem Polizeibeamten dabei ertappt, als er sich gemeinsam mit einem anderen Erwerbslosen ohne Erlaubnis in den Hafenanlagen am Mittelhafen aufhielt und Kohlen aus dem Wasser fischte. Die Folge war, daß L. durch Strafbefehl sechs Tage und sein Kollege einen Tag Haft subsidiär erhielten. Sechs Tage waren L. zu viel, daher legte er Berufung ein. Vor Gericht verzichtete er auf seine wirtschaftliche Notlage, in der er sich befindet, da er bei 14 Mark Unterzahlung mit Frau und Kind nicht auskommen könne. Da sein Freund nur einen Tag Haft erhielt, ersuchte er seine Strafe zu mildern. Das Gericht kam ihm entgegen und erkannte ebenfalls, trotz seiner Vorstrafen, die auf diesem Gebiete liegen, wegen Milderung der Haftpolizeibüro, auf einen Tag Haft.
 Den gleichen Erfolg mit seinem Einpruch hatte der 29 Jahre alte erwerbslose Hilfsarbeiter Theodor T. aus Darlingen, der beim Kohlenfischen im Rhein fünf Tage Haft erhielt. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf einen Tag Haft.

Gög von Verlichingen und andere Liebenswürdigkeiten

Im Karlsruhe, 2. Oktober. Ueber hitziges Blut verfügen der 64 Jahre alte Landwirt Wilhelm H. aus Friedrichstal und dessen 29 Jahre alter Sohn Emil. Sie haben eines schönen Tages im „Waldborn“ in Friedrichstal am gleichen Tisch mit einem 26-jährigen Hilfsarbeiter. Sie ergriffen sich diesem gegenüber in Bemerkungen, die diesen zeigen mußten. Sie behaupteten, seine Mutter unterzöge und zähle dann nicht und warten ihm in verblühter Form vor, er schude an H. noch 10 Mark. Ein Wort gab das andere, bis schließlich Wilhelm H. dem Hilfsarbeiter mit dem geschlossenen Taschenmesser mehrere Schläge auf den Kopf versetzte. Bei einer anderen Gelegenheit bedachte H. einen Namensvetter des Hilfsarbeiters im Hofe seines Anwesens mit der ominösen Anforderung Gög von Verlichingen und drohte ihm mit Totschlag oder Totschlag. Nun standen beide wegen Körperverletzung und Bedrohung vor dem Richter. Bei der Vernehmung des Hilfsarbeiters als Zeuge wurde die Sache lebhaft. Er gibt an, er habe H. für die vor Jahren geliehenen 10 Mark vier Liter Schnaps gegeben. Der Angeklagte fragt den Zeugen, wann er ihm den Schnaps gegeben habe. Zeuge: „1928“. Angeklagter: „Ich habe keinen Schnaps gesehen!“ Zeuge: „Über getrunken!“ Gegen einen anderen Zeugen will H., der ebenso wie sein Sohn alles bestritt, mit einer Meineswegsangelegenheit vorgehen. Der Einzelrichter beurteilte H. im Sinne der Anklage zu 60 Mark Geldstrafe, während sein Sohn freigesprochen wurde. Der Richter gab den Angeklagten den Rat, sich zu bessern, um nicht Stammfunden bei Gericht zu werden. Seit längerer Zeit stehe die Familie H. öfters hier. Es erscheine notwendig, daß die Angeklagten ihre Lebensweise ändern. Gerade Wilhelm H. habe viel zu hitziges Blut. Er sollte es zügeln und sich zu Bemühen bringen, daß er sich als älterer Mann rüdig zu verhalten habe.

Darlehensbetrug

Im Karlsruhe, 2. Oktober. Als Darlehensvermittler kam der 31 Jahre alte Kaufmann Wilhelm W. aus Karlsruhe mit mehreren Geld luhenden Handwerksmeistern in Verbindung, denen er versicherte, durch eine Firma Ruffe in Hohlingshausen bei Eiber-

falsche Angaben

Frankfurt a. M., 2. Okt. (Via. Drabt.) In der Frankfurter Parteiverammlung hat der Abgeordnete Fortune erklärt, er denke nicht daran, aus der Sozialdemokratischen Partei auszutreten. Da zu wollen wir nur feststellen, daß dem Büro des Reichstags unter dem Datum vom 30. September eine Erklärung von Fortune zugegangen ist, durch die er seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Fraktion verkündet. Da dieser Brief vor dem Stattfinden der Frankfurter Parteiverammlung abgefaßt worden sein muß, so steht Fortunus Verhalten mit seinen Worten vor seinen Frankfurter Wählern in schärfstem Widerspruch.

Auf Goebbels Spuren

Aus Berlin wird uns geschrieben: Das Treiben der Parteipalier beginnt üble Erscheinungen zu zeitigen. Im Zusammenhang mit der Belegung eines sozialdemokratischen Jugendheims in Breslau haben dreißig Leute aus der sogenannten Schutzstaffel des Dr. Eckstein vier sozialdemokratische Jugendgenossen überfallen und mißhandelt. Wir gestehen offen, daß wir es nicht für möglich gehalten hätten, daß Dr. Eckstein den Kampf gegen die Partei, der er bisher angehört hat, mit den Methoden eines Goebbels oder der kommunistischen Kombanden führe zu lassen. Diese Selbstenttarnung der Breslauer Zentrale wird bei allen Sozialdemokraten eine Stimme der Empörung hervorrufen.

Die Religiösen Sozialisten und Eckert

Wie die Mannheimer Volksstimme hört, tritt am Dienstag der Vorstand der Religiösen Sozialisten zusammen, um zu der durch den Ausschluß Eckerts aus der SPD. geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Vorstand der Religiösen Sozialisten, der aus lauter Mitgliefern der SPD. besteht, das Verhalten Eckerts mißbilligen und daß Eckert selbst die Ämter niederlegen wird, die er im Verband der Religiösen Sozialisten bis jetzt bekleidet.

Soziale Rundschau

Sparrmaßnahmen der Landesversicherungsanstalt Baden

Wie bei den anderen deutschen Versicherungsanstalten bleiben auch bei der Landesversicherungsanstalt Baden die Beitragseinnahmen seit Monaten weit hinter den Ausgaben zurück, so daß im Rechnungsjahr 1931 ein erheblicher Fehlbetrag entstehen wird. Diese Finanzentwicklung zwingt die Anstalt zur Zurückziehung der ausgeliehenen Darlehen und zu scharfen Sparrmaßnahmen. Wie aus dem Bericht des Haushaltsausschusses seinerzeit bekannt wurde, stand die Landesversicherungsanstalt Baden seit ihrer Verwaltungsveränderung weit unter dem Reichsbuchschneit, mit den freiwilligen Leistungen aber an fester Stelle.
 Ab 1. Oktober müssen weitere wesentliche Einschränkungen vorgenommen werden. So wird z. B. der Zuschuß zu künstlichem Zahnerlaß von fünf Zwölfstel auf drei Zwölfstel herabgesetzt. Die Dauer einer Normaldauer darf vier Wochen nicht übersteigen. Für gebrechliche Kinder kann ein Seilenerfahren nur dann noch durchgeführt werden, wenn für sie Pensionen oder Kinderzuschuß bezahlt werden muß. Bei der Bewilligung von Zuschüssen zu Kinder-Tuberkuloseheilerfahren muß eine entsprechende Einschränkung eintreten. Das Augenheilerfahren für Erwachsene bleibt vorerst noch unberührt. Neben diesen größeren Einschränkungen ist ferner noch eine Reihe scharfer interner Sparrmaßnahmen vorgesehen.

Betrug

Wegen Betrug hatte sich die ledige Th. K. aus Karlsruhe vor dem Amtsgericht Karlsruhe zu verantworten. (Vorherrschender Amtsgerichtsrat Rapp). Die Angeklagte hatte am 4. Mai bei einem Kaufmann Waren im Werte von 110 Mark gekauft und bis heute 10 Mark daran bezahlt. Ueber die Vermögensverhältnisse befragt, hat ihre Nachbarin geantwortet, die Angeklagte würde täglich 10-15 Mark verdienen. In Wirklichkeit war das aber weit weniger. Die Angeklagte hatte sich deshalb schuldig gemacht, weil sie die Erklärung der Nachbarin durch ihr Schwelgen zu ihrer eigenen gemacht hat. Sie leistete eine Anzahlung von 5 Mark und zahlte später nach wiederholtem Drängen nochmals 5 Mark und seitdem keinen Pfennig mehr. Daraus war die Betrugsassisiht klar. Als der Verkäufer immer dringender sein Geld verlangte, zog sie in aller Stille von hier weg und ließ nichts mehr von sich hören. Vor Gericht machte sie wieder erneute Versprechungen, aber der Richter ließ sich auf nichts mehr ein. Da sie wegen Betrug und anderen Eigentumsdelikten bereits vorbestraft ist, erhielt sie eine Geldstrafe von 50 Mark. Die Fälle ähnlicher Prozesse haben sich insbesondere durch die Teilhabungsgefächte vermehrt, wo mancher glaubt, ohne Geld zu neuen Dingen zu kommen.

Anklage wegen falscher eidesstattlicher Versicherung

Wie gefährlich es ist, vor Gericht ungenaue Angaben zu machen, mußte der Kaufmann H. aus Herrenalb verspüren. Er hatte im März dies Jahres bei einem Elektromeister sich eine neue Batterie in sein Auto einbauen lassen, die mit anderen Reparaturen 124 Mark kostete. Da er den Betrag nicht gleich bezahlen konnte, behielt die Reparaturwerkstätte den Wagen zurück. Der Angeklagte überredete aber einen Bekannten, der dann die Garantie über diesen Betrag übernahm. Er bezahlte auch 100.— Mark und ließ die restlichen 24 Mark stehen. Nach ganz kurzer Zeit stellte sich aber heraus, daß die Batterie nicht in Ordnung war. Die Batterie mußte nachgeholt werden. Bei dieser Gelegenheit sprach der Angeklagte mit einem Arbeiter von dem Elektromeister über neue Scheiben, die er in seinen Wagen einbauen lassen würde. Der Arbeiter sagte ihm, daß die Scheiben 45 Mark kosten könnten und als nach ein paar Tagen die Batterie zum zweiten Male eingebaut wurde, sind die Scheiben ebenfalls reingemacht worden. Als eine Rechnung über 45 Mark vorgelesen wurde, hatte der Angeklagte wieder kein Geld. Infolgedessen wurde der Wagen wieder zurückbehalten. Der Angeklagte machte dem Meister Grobheiten und ging dann zum Amtsgericht Karlsruhe, wo er eine eidesstattliche Versicherung zur Herausgabe des Wagens erlangte. Dabei hatte er die wirkliche Sachlage verschwiegen. Er erklärte dem Beamten, daß der Wagen nur wegen der 24 Mark, die von Bekannten gefischt seien, nicht herausgegeben wurde. Das von den neuen Scheiben verschwiegen er und machte sich deshalb strafbar. Er hatte also willentlich falsche Angaben vor der Behörde gemacht und wurde deshalb von dem Amtsgericht Karlsruhe zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1799 *Friedrich (Wasserheilsmethode). — 1829 *Kaiser Ludwig Akaus. — 1849 *Soa. Wilh. Vios, Stuttgart. — 1889 *Komponist Jacques Offenbach. — 1910 Proklamtion der Republik Portugal. — 1918 Waffenstillstand an Wilson. — 1920 I. Konvent der Betriebsräte. — 1925 Locarno-Konferenz, Beginn.

Oktober in der Geschichte

Auch der Oktober steht im Zeichen sozialistischer Kongresse und einlaer wichtiger Daten der Menschheitsgeschichte.
Am 1. Oktober 1869 ist die erste Nummer des Volksstaat, des sozialistischen Arbeiterorgans, erschienen.
Am 2. Oktober 1887 hat der sozialdemokratische Parteitag in St. Gallen stattgefunden.
Am 3. Oktober 1897 der sozialdemokratische Parteitag in Hamburg. Am selben Tag des Jahres 1898 der sozialdemokratische Parteitag in Stuttgart.
Am 4. Oktober 1891 ist der sozialistische Schriftsteller Pecquer geboren worden. Am selben Tag des Jahres 1897 ist E. Home, der Erfinder der Nähmaschine gestorben.
Am 6. Oktober 1829 hat Stephenson seine erste Lokomotive fertiggestellt. Am selben Tag des Jahres 1918 die Resolution in Bulgarien ausgedrückt.
Am 8. Oktober 1911 ist in China die Revolution zum Ausdruck gekommen.
Am 9. Oktober 1807 hat man in Preußen die Leibeigenschaft aufgehoben. Am selben Tag des Jahres 1899 fand der sozialdemokratische Parteitag in Hannover statt.
Am 10. Oktober 1868 hat man den „Allgem. deutschen Arbeiterverein“ neu gegründet. Am selben Tag des Jahres 1920 fand der sozialdemokratische Parteitag in Cassel statt.
Am 11. Oktober 1896 Parteitag in Gotha.
Am 12. Oktober 1492 landet Columbus in Amerika.
Am 14. Oktober 1863 erichien Lassalles Aufruf „An die Arbeiter Berlins“. Am selben Tag des Jahres 1891 begann der sozialdemokratische Parteitag in Erfurt, der uns das Erfurter Programm gegeben hat.
Am 16. Oktober 1854 ist Karl Rauten geboren worden.
Am 19. Oktober 1815 hat Napoleon Bonaparte Leinsia Klushtaria verlassen. Am selben Tag des Jahres 1878 ist das Sozialistengesetz angenommen worden.
Am 21. Oktober 1878 hat man das Sozialistengesetz veröffentlicht. Am selben Tage des Jahres 1894 hat der Frankfurter Parteitag seinen Anfang genommen.
Am 22. Oktober 1893 Parteitag in Köln.
Am 23. Oktober 1924 Staatsstreich in China, Flucht des Präsidenten.
Am 25. Oktober 1848 hat man preußische Truppen gegen die schlesischen Weber marschieren lassen.
Am 26. Oktober 1905 hat sich der erste Arbeiterkongress in Petersburg abgehal. Am selben Tag des Jahres 1918 hat General Ludendorff die deutsche Front verlassen. Am 28. Oktober 1918 hat Wilhelm II. das parlamentarische System ausgerufen. Am selben Tag hat sich die tschechische Republik konstituiert.
Am 29. Oktober 1918 hat sich die Marine vor Wilhelmshaven gegen ihre meuternden Admirale aufgelehnt. Am selben Tag Revolution in Wien und Budapest.

Auch dieser frohliche Monat Oktober, der uns über den Herbst hinaus in den Winter leitet, hat also seine revolutionäre und proletarische Tradition. Er ist das Tor zum November, dem Monat des Zusammenbruchs und der Revolution.

Hauptauschussigung des Verkehrsvereins

Am 29. n. M. hielt der Hauptauschuss des Verkehrsvereins im kleinen Rathssaal eine Sitzung ab, die von Verbandsdirektor Leopold Steiner geleitet wurde. Zunächst erhaltete der Vorsitzende des Verkehrsvereins, Generalsekretär Wolf, einen Bericht über den Mitgliederstand und -wuchs. Danach sind in letzter Zeit eine Anzahl Mitglieder ausgetreten, aber auch neue gewonnen worden, so daß der Verein heute immer noch etwa 750 Mitglieder zählt. Herr Wolf berichtete sodann über verschiedene wirksame Maßnahmen, die ergriffen worden seien, um die Grundlagen des Verkehrsvereins durch eigene Werbemaßnahmen ähnlicher Art gepflegt, die seien noch weitere Werbemaßnahmen ähnlicher Art geplant, die trotz der gegenwärtigen Zeit Erfolge erwarten lassen dürften.
Hierauf erhaltete Verkehrsdirektor Lacher den Kassenerbericht und den Bericht über die Tätigkeit des Verkehrsvereins im abgelaufenen Halbjahr. Aus beiden Berichten ergab sich ein Bild von der augenblicklichen Lage des Verkehrsvereins, die von den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen natürlich nicht verschont geblieben ist. Unter Vornahme gewisser Einschränkungen, besonders auch im Personalstand, ist der Betrieb vorerst bis zum Ende des Rechnungsjahres 1931/32 sichergestellt. Trotz aller finanziellen Schwierigkeiten war die Tätigkeit des Vereins in den vergangenen sechs Monaten unvermindert rege, obwohl gerade für die Propaganda (wie Insertionen im In- und Ausland) die Mittel beschränkt bleiben mußten. An neuen bzw. neuaufgelegten Druckschriften gibt der Verkehrsverein zur Zeit keinen englisch-amerikanischen Prospekt und den kleinen Führer von Karlsruhe heraus, ferner einen Wilderprospekt vom Karlsruher Rheinstrandbad und Naturkusspazier Rappenwörth sowie erneut das Branchenverzeichnis für seine Mitglieder. In Aussicht genommen ist ein Prospekt für die von Karlsruhe ausgehende Schwarzwald-Autobahnstrasse. In seinen weiteren Ausführungen freilich Verkehrsdirektor Lacher die vom Verkehrsverein gegründete „Arbeitsgemeinschaft der Wadener aller Welt“, die in Frankfurt a. M. ihre erste Tagung abhielt, ferner Eisenbahnverkehrsfragen das Problem der Elektrifizierung, den Kraftpost-Vorortverkehr und den Rhein-Donnerschiffverkehr der Köln-Düsseldorf, alles Gegenstände und Fragen, deren Weiterentwicklung durch die Zeitverhältnisse selbstredend in Mitleidenschaft gezogen ist. Der Verein wird aber auch hierin weiter das Mögliche tun. Die diesjährigen Karlsruher Herbsttage“ mit der „Badischen Woche“ (Kaffundacanna) und der Verkehrsverbände sind vom Verkehrsverein mit den üblichen Veranstaltungen der Zeit entsprechend auf praktische Grundlagen gestellt worden. Man hofft, daß nach Art der mit dem Einzelhandel besonders geplanten Veranstaltungen in der Verkehrsverbände sowohl der Geschäftswelt und dem Publikum, wie auch den notleidenden Künstlern wertvolle Dienste geleistet werden können.
Anschließend an diesen Bericht machte der Vorsitzende auf die erneut eingetretenen Schwierigkeiten im Betrieb der Rheingarnbahnen (Albstadtlinie usw.) aufmerksam und betonte, daß auch der Verkehrsverein in diesem Falle für die Erhaltung notwendiger Verkehrsinteressen der Landeshaupstadt einzuwirken werde. Nach der Erklärung eines neuen Auswahlsmitglieds, des Herrn Galtwirts Josef Singer für den Galtwirtsverein, schloß die Sitzung nach anderthalbstündiger Dauer.

Sozialdemokratische Partei Bezirk Mittel- und Südweststadt

Der Bezirk hatte nach der Sommerpause auf vergangenen Mittwoch zu einer Versammlung aufgerufen. Dieselbe fand im „Gambbrinus“ statt und war äußerst gut besucht. Genosse Stauß eröffnete die Versammlung und erteilte dem Referenten, Gen. Erb, das Wort zu seinem Vortrag über „Das Fürsorgegesetz“. Genosse Erb gab zunächst einen Überblick über die Verhältnisse im Fürsorgegesetz vor einigen Jahren. Wenn damals jemand in die Not geriet und einen Antrag auf Unterstützung stellte, so wurde ihm das Wohl, das er dabei, das Wohlbedacht genommen. Heute kann auch der Fürsorgeempfänger mitreden an der Zusammenlegung des Staates. Hilfsbedürftig ist jede Person, die sich nicht selbst durch Arbeit ernähren kann. Allerdings hat man hier keine feste Norm der Unterstützungshöhe geschaffen, wie es bei anderen Versicherungen der Fall ist. Die Unterstützungshöhe ist in das Ermessen der Behörde gestellt. Vielfach kommt es auch auf die Einstellung der dort beschäftigten Beamten an. Es ist deshalb für die Arbeiterklasse von großer Wichtigkeit, daß an den betreffenden Stellen Beamte stehen, die sich in die Lage der Unterstützungsempfänger hineinverleben können. Die sozialdemokratischen Vertreter haben sich immer dafür eingesetzt, daß bestehende Härten ausgemerzt werden und das Fürsorgegesetz mit sozialistischem Geist durchgedrungen wird. Durch die Rotterordnung des Reichspräsidenten hat das Fürsorgegesetz die Pflicht, die Unterstützung zurückzuführen, wenn ein Unterhaltnehmer wieder zu Vermögen und Einkommen gelangt. Es darf aber dabei auch nicht rigoros vorgegangen werden, sondern es muß die besondere Lage jedes einzelnen berücksichtigt werden. Die sozialdemokratischen Vertreter haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das, was im Gesetz steht, auch eingehalten wird. Gegen einen abgesehenen Bescheid eines Unterstützungsausschusses kann Einspruch erhoben werden.

Genosse Erb erläuterte die einzelnen Gesetzesbestimmungen in leicht verständlicher Weise und an Hand von praktischen Fällen. Die Stadt Karlsruhe hat im Monat August d. J. für 13.555 Fürsorge- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger die gewaltige Summe von 639.068 M aufzubringen. Die Not wird aber noch immer größer und es wäre unrecht, wollte man an den paar Mark, die der Einzelne erhält, Absätze machen. Die sozialdemokratischen Stadträte haben die Pflicht, solchen Entschlüssen aus energig entgegenzutreten, denn die Leute, die gezwungen sind, nicht fürsorgegemäß in Anspruch zu nehmen, sind nicht schuld, daß sie nicht arbeiten dürfen.

Der Referent bekam für seinen ausgezeichneten Vortrag reichen Beifall. Von der Musik wurde reiner Gebrauch gemacht. Es hielten sich die Genossen Bröhringer, Reinius, Zwicker, Dr. Kahn, Weitz, Morlok, Zimmermann, Stroh, Geiß und Schmidt. Vielfach wurde auch an dem Benehmen einzelner Fürsorgebeamten und Beamtinnen Kritik geübt. Aber aus allen Reden heraus drang die Forderung nach Arbeit. Nicht Unterstützung, sondern Arbeit wollen diese armen, verzweifelten Menschen haben.

Genosse Erb ging in seinem Schlußwort auf die Beschwerden ein und verlanete, daß die Fürsorgebeamten größte Rücksicht nehmen auf die Leute, die zu ihnen kommen, denn sie sind meistens leidend und krank. Wenn ihm Beschwerden bekannt würden, sagt er, daß da, wo Unrecht geschieht, Hilfe geschaffen werden muß. Die Arbeiterklasse hat aber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der sozialistische Einfluß bei den maßgebenden Stellen größer wird. — Gegen Mitternacht konnte die schon verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Besuch der städt. Bäder im September

A. Sollenbäder: Schwimmbäder 1931: 22.777, (1930: 23.241), Bannbäder 10.186 (11.611), Koblensbäder 344 (249), Schaumbäder 24 (67), Aneipwäse 121 (273), Farnsbäder 234 (185), Dampfbäder 524 (484), Elektrische Bäder 755 (579), Kurbäder 761 (596), Brausebäder 384 (233), zusammen 1931: 36.090, 1930: 37.438. — B. Freibäder: Rheinstrandbad Rappenwörth Besucher 1931: 5930, 1930: 20.207.

(-) Der Karlsruher Hausfrauenbund hat es, wie er uns schreibt, unternommen, wie viele Hausfrauenvereine in verschiedenen Städten Deutschlands, eine „Mittelschicht“ ins Leben zu rufen. Diese Einrichtung ist überall, wo sie besteht, von beiden Seiten, denen hiermit geholfen werden soll, als legerlich empfunden und stark in Anspruch genommen. Die Mittelschicht verhilft demjenigen, der etwas abzugeben hat, an der erhaltener getragener Gebrode, das eine kleine Einnahme zu erhalten vermag weiter. Bei den heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen ist es ihnen aber auch nicht möglich, sie noch zu tragen, weil die Sachen vielfach zu eng geworden sind oder sie in ihrer Stellung repräsentieren müssen. Man kommt in Trauer und möchte Verschiedenes abgeben oder hat von einem Angehörigen noch Sachen können, die nur so leicht ein Raub der Not werden. Hausfrauen, leidet die Schräme noch, es ist sicher noch irgend etwas da, was abgeleitet werden kann und einem weniger bedürftigen Menschen noch dient. Alle lauberen, an erhaltener Sachen werden in Kommission genommen, desinifiziert und zu ganz billigen Preis verkauft. — Annahme vom 5. Oktober ab in der Geschäftsstelle des Karlsruher Hausfrauenbundes jeden Vormittag von 11 bis 1 Uhr, der Verkauf auch dort, aber erst vom 15. Oktober ab, jeweils nachmittags von 4 bis 7 Uhr mit Ausnahme von Mittwoch und Samstag.

Feiern-Revue im Colosseum. In unserem Bericht über die Feiern-Revue am letzten Samstag ist uns ein Irrtum unterlaufen. Die Gesamtleitung der Revue liegt nicht in Händen von Herrn Ritter, sondern von Herrn Kurt Kasten.

Küppert

Arbeitergesangverein „Sängerbund“

Anlaßlich der Wiederkehr des 175. Geburtsjahres Mozarts veranstaltete der Arbeitergesangverein „Sängerbund“ in Karlsruhe-Küppert eine Gedächtnisfeier. Der Leiter des Vereins, Richard Schep, hat mit großer Sorgfalt ein vorbildliches Programm zusammengestellt, in dessen Rahmen gemische Chöre, Männerchöre, Orchesterwerke und Sopranlieder des Salzburger Meisters eingeleitet waren. Mit der Kantate: „Die Seele des Weltalls“ für Männerchor, Sopran und Orchester wurde die Feier eröffnet. Die fröhliche, energische, von Begeisterung getragene Durchführung des Chorliedes und die tönshöne, weiche und klare Wiedergabe der Sopranarie durch Frau Delfering bildeten einen stimmungsvollen Auftakt für den intimen Akt. Richard Schep hat sein Chormaterial in kongulierender Weise befehlender Hinsicht auf jene Höhe gebracht, die es ermöglicht, selbst höchsten Anforderungen Genüge leisten zu können. Es gab bei den für Frauenchor bearbeiteten „Bad prangt der Morgen an verblühen“ ebenso wenig Ungenauigkeiten bei den Einfügen oder harmonische Trübungen, wie später bei dem in der Originalbesetzung wiedergegebenen überaus schmerzlichen „Ave verum“. Daß man auch den Vortrag, der wenig bekannten Mozart bei dieser Gedächtnisfeier zu hören bekam, soll ganz besonders dankbar anerkannt sein.

In den Gebenmorten, die Karl Stark sprach, wurde auf die herabsetzende Art Mozarts hingewiesen und die Kanons, die zur Verlebendigung kamen, vervollständigen das Bild des unwürdigen Meisters, der, wenn er in guter Laune war, in Wust lebte, was überempfindliche Naturen heute als unanständig ablehnen würden. Die Kanons wurden geradezu meisterlich gesungen. Ganz besonders kam der „Eselballe Martin“ ausgezeichnete profitiert zum Vortrag. Der Arbeitergesangverein „Sängerbund“ darf das Recht für sich beanspruchen, mit einer der besten Chorreinrichtungen zu sein, die diese prächtigen, charakteristischen Sätze der Vergangenheit wieder entrisen hat. Die schlichte, natürliche Wiedergabe, der man durchaus nicht anmerkte, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, bis eine solche vollkommene Interpretation möglich war, fand starken Beifall. Sie ließ auch erkennen, wie unermülich Sänger und Dirigent gearbeitet haben, um derartige Aufgaben lösen zu können.

Frau Delfering sang mehrere Mozartslieder mit feiner Einfühlung. Die Gesangsleiterin und der weiche Klang der Jorally gesungenen Stimme haben diesen herrlichen Gesängen eine köstliche Prägung. Walter Sälgaeter begleitete die Feiern.
Die Durchführung der Orchesterstücke und die Begleitung der Chorlieder übernahm der Instrumentalverein in Eitlingen, der unter Leitung von Walter Schloeger steht. Es wurde sehr klar und fein schattiert musiziert. Das Orchester verfügt an allen Posten über tüchtige Streicher und Bläser, die mit schillernder Eingabe ihre Aufgaben zu lösen verstanden. Ganz ausgezeichnet gelang die Verlebendigung der kleinen Nachtmusik, die Walter Schloeger mit feiner Empfindung ausdeutete. Mit „Brüder reißt die Hand zum Liede“ fand die mit großem Interesse aufgenommene Feier ihren Abschluß, der dadurch eine besonders weisevolle Krönung erhielt, daß das überaus zahlreich erschienene Publikum die letzte Strophe mitsang.

Verkehr Karlsruhe-Küppert

Von einem Arbeiter aus Küppert wird uns geschrieben:
Es ist zwar schon seit längerer Zeit über dieses Thema nicht mehr aus den Zeitungen zu vernehmen gewesen und es könnte die Vermutung aufkommen, daß seit der Einführung des 10-Minuten-Strahlabahns auf der Albstadtbahn und der Einführung des Autobusbetriebes nun alles in better Ordnung liege. Dem ist aber nicht so, denn nach wie vor belieben Mißstände, die bei alten Albstadt Bahnen, die stark gemindert werden können. Da ist es vor allem die Straßendahn, die zu Komplikationen sehr oft Anlaß gibt. Man hat zwar seitens der Stadtverwaltung teilweise Verbesserungen bei der Befriedigung der Fahrgäste vom Albstadtbahnhof ab in die Stadt hinein auf schon älteren Wege erfochten, aber der Verkehr hat sich dadurch nicht geändert. Die Befriedigung, daß in der Stadt die Sache wohl anders aussehen wird und sie hatten recht, wie die Erfahrung lehrt. Ein Mißstand, der allerdings nicht so ohne weiteres zu beheben sein wird, ist der, daß der Albstadtbahnhof dem Strahlabahnhof das Einfließen der Bahnen nicht immer gestattet, da die Lage des Albstadtbahnhofs in dieser Beziehung eine sehr ungünstige ist. Weiterhin verbindet das Albstadtbahnhofs eine rasche Anfertigung des Weges von den Bahnen der Albstadt bis zur Straßendahn. Aber was dem Schreiber dieser Zeilen die Feder in die Hand drückt, daß ist ein Mißstand, der durch die Straßendahn hervorgerufen wird. Es kommt doch dann und wann vor, daß zu gleicher Zeit im Einfahren des Albstadtbahnhofs einströmt und — nachher — es nicht für nötig hält, zu warten, bis die Sperrung des Albstadtbahnhofs der Straßendahn angeht. Man fäht einfach davon, um dann, wenn es sich um Wagen von Richtung Karlsruhe nach Albstadt handelt, sofort abzufahren, um die Fahrstraße der Straßendahn zu benutzen. Obwohl die Fahrstraße der Straßendahn bis auf die Straßendahn auch ein, damit sie am Albstadtbahnhof seinen laugen Aufenthalt haben sollen, um rechtzeitig zum Hauptbahnhof zu kommen. Die Straßendahn sind aber immer die Albstadtbahnhofs, die sofort wieder auf den nächsten nächsten Straßendahn warten müssen, was je nach Umständen 3 bis 5 Minuten dauern kann. Am Hauptbahnhof dann wiederum langes Warten, bis man endlich in das Innere der Stadt gelangen kann. Vom Albstadtbahnhof über die Karlsrufer in die Stadt hinein ist es ebenfalls schlimm, wenn die Straßendahn nicht so viel verkehrt, da um die Albstadtbahnhofs aufzunehmen. Auch hier passiert es oft, daß die Straßendahn die Leute von der Albstadt nicht abwartet, sondern einfach davonfährt, ja es kommt sogar vor, daß die Straßendahn abfährt, trotzdem schon die Fahrstraße der Albstadt in der Nähe des Straßendahnbahnhofs befinden, also für das Strahlabahnpersonal sichtbar sind. Es gibt scheinbar bei der Straßendahn einige Beamte, die einen großen Spaß daran haben, wenn die Fahrstraße der Albstadt mit der Straßendahn nicht aus rasche weiter befördert werden. Dies einmal zu sagen, ist sehr notwendig, denn alles hat seine Grenzen. Die Ausrede, die Leute sollen mit dem anderen, nächstfolgenden Wagen, fahren, ist nicht haltbar; denn erstens benötigt man doch die Straßendahn, um so schnell wie möglich an seinen Zielort zu kommen und zweitens verurteilt ein derartiges Benehmen der Straßendahn auf grobe Weise. Es darf sich zum Beispiel nur um einen Wagen nach Anlieferung der Darlehen handeln, wo es eine Viertelstunde dauert, bis der nächste Wagen wieder anfährt.

Ein besonderes Kapitel bildet die Ruhepause am Hauptbahnhof, wenn man vom Karlsrufer über den Mendelssohnplatz nach der Albstadt fährt. Die Ruhepause am Hauptbahnhof beträgt, wenn die Albstadtbahnhofs oft nicht mehr als den nächsten Albstadtbahnhofs. Wenn die Albstadtbahnhofs der Straßendahn diese Ruhepause mitschneidet; denn sie ist notwendig. Was man aber nicht verstehen kann, das ist, daß man der Wagen verschleudert Straßendahnlinien zur selben Zeit am Hauptbahnhof wegwirft, wenn die Albstadt ebenfalls den Albstadtbahnhof verläßt. Fahrt die Albstadt zum Beispiel 6.18 Uhr, 6.28 Uhr usw., dann fahren auch bestimmte Straßendahnwagen vom Bahnhof um dieselbe Zeit weg, nachdem sie vorher mit den Albstadtbahnhofs 3 oder 5 Minuten gewartet hatten. Für den Albstadtbahnhofs bedeutet dies ein Warten am Albstadtbahnhof von wiederum 10 Minuten, was insbesondere in der Mittagspause für viele einen großen Schaden bedeutet. Allgemein herrscht die Ansicht, daß die Straßendahn etwas früher abfahren könnte, wenn es auch nur eine Minute ist, damit noch der Albstadtbahnhofs erreicht werden kann. Es ist dies gewiß mit Schwierigkeiten verbunden, aber schließlich auch durch die Straßendahn Schwierigkeiten zu beheben wie irgendwas anders auch, wenn es sein muß. Man kann doch derartige Dinge behoben nicht bereuen, weil sie nun einmal bestehen und ihre Beseitigung nicht mit Schwierigkeiten verknüpft, aber möglich ist. Auf der anderen Seite kann man allerdings sagen, daß auch die Albstadt auf die Fahrpläne der Straßendahn Rücksicht nehmen müßte und ihre Bahnen zwei oder drei Minuten früher abfahren lassen könnte. Es scheint, daß die Albstadt bei der Aufstellung ihres Fahrplans auf den Fahrplan der Straßendahn wenig Rücksicht nimmt, aber auch die Straßendahn nicht auf den Fahrplan der Albstadt. Man schafft scheinbar so nebeneinander her, leidet Zeit auf eigene Faust und was dann dabei herauskommt, nennt man Gemeinheitsverderb!

In der Zeit des Verkehrsdranges muß es auch Pflicht der Straßendahn sein, alles zu tun, um den „Dienst am Kunden“ so gut wie möglich zu tätigen. Aber diese Aufgabe wird durch drei Dinge nicht erfüllt, denn viele Küppert werden wieder zum Fahrstraßen geirriten, um Ebertoren oder bedrohter Art aus dem Wege zu gehen.

Die Küppert und Dammertfelder haben aber einen Anspruch darauf, daß man den Verkehr zu einem so raschen wie möglich gestaltet, insbesondere, wenn dies für Straßendahn und Albstadt auch nicht einen Penny Kosten mehr verursacht. Die Stadtverwaltung wird gewiss, wenn sie sich bemüht, daß die Weiterbeförderung der Albstadtbahnhofs zum Albstadtbahnhof auf rasche Weise erfolgt. Daß dies aber noch nicht genügend geschehen ist, beweisen die Mißstände. A.D.

